

Haushaltsrede, SPD-Regionalfraktion, Fraktionsvorsitzender Thomas Leinritz in der Regionalversammlung am 25. Oktober 2023

*-- Es gilt das gesprochene Wort --*

Anrede,

im kommenden Jahr feiert der Verband Region Stuttgart seinen 30. Geburtstag. Und seitdem lautet das Motto des Verband Region Stuttgart „Kräfte bündeln“.

Dieses Motto steht exemplarisch dafür, was das Ziel, die Aufgabe und ein Stückchen weit auch die Selbstverpflichtung des Verband Region Stuttgart ist. Deshalb ist auch diese Regionalversammlung ein besonderes Gremium, dass sich von anderen Parlamenten und Räten unterscheidet. Die Aufgabe der Regionalversammlung ist es nämlich nicht, hier den Interessen einer bestimmten Stadt oder gar der Landeshauptstadt, die größtmögliche Durchschlagskraft zu verleihen, so wie es kürzlich von einem Mitglied dieses Gremiums in der Presse zu vernehmen war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer so redet und denkt, der hat den Sinn und den Zweck der Region und der Regionalversammlung nicht verstanden.

Aber weil dieses Motto „Kräfte bündeln“, nicht nur Schlagwort bleibt, sollte es sich auch in unserer tagtäglichen Arbeit widerspiegeln.

Die „Kräfte bündeln“ müssen wir zum Beispiel, wenn wir unserem Antrag folgen und uns als europäische Kulturhauptstadt bewerben. Denn hierzu muss zunächst einmal der Verband zusammen mit der Kulturregion, der Landeshauptstadt und anderen Akteuren die Möglichkeiten für eine Bewerbung als europäische Kulturhauptstadt ausloten.

Ich denke, das Potenzial haben wir: Wir haben ein weltbekanntes Ballett, ein mehrfach ausgezeichnetes Opernhaus des Jahres, eine bunte Theaterlandschaft, das Literaturarchiv in Marbach und und und. Ebenso ein Popbüro, eine vielfältige Subkultur und Clublandschaft.

Wir reden hier über ein Projekt, das vermutlich erst Mitte des kommenden Jahrzehnts zur Umsetzung kommen wird. Aber die Vorarbeiten müssen heute beginnen. Und Vorbilder für eine regionale Bewerbung gibt es. Den Auftakt hat das Ruhrgebiet im Jahr 2010 gemacht, und im kommenden Jahr werden Bad Ischl und das Salzkammergut europäische Kulturhauptstadt sein. Gehen wir's mutig an!

Damit die Kultur- und die Sport-Region in den kommenden Jahren ihre Aufgaben trotz gestiegener Kosten weiterhin meistern können, schlagen wir zusammen mit Grünen, Freien Wählern, FDP und Linke/Pirat vor, die Zuschüsse um jeweils 30.000 € pro Jahr zu erhöhen.

Aber auch die Herausforderungen der Transformation unserer Industriegesellschaft werden wir nur meistern, wenn wir die „Kräfte bündeln“. Wir haben daher beantragt, eine Konferenz zu diesen Herausforderungen zu organisieren. Zum einen geht es uns darum, den europäischen Fonds für die Regionalentwicklung in Zukunft offener

zu gestalten. Es genügt nämlich nicht nur die schwächeren Regionen Europas zu stärken, sondern auch den Lokomotiven der Entwicklung Europas eine Chance für ihre eigene Transformation zu geben. Denn nur, wenn die Lokomotiven Europas auch in Zukunft genug Dampf entwickeln, können sie auch in Zukunft die schwächeren Regionen mitziehen. Hierzu braucht es eine gemeinsame Interessenvertretung der europäischen Metropolregion Stuttgart, vor allem gegenüber Land, Bund und EU.

Zum anderen gehört zu den Herausforderungen auch, dass wir uns einer Debatte über die qualifizierte Zuwanderung stellen. Denn der dramatische Fachkräftemangel in mittlerweile allen Sektoren unserer Wirtschaft entwickelt sich zu einem herausragenden Wirtschafts- und Innovationshemmschuh und gefährdet mittelfristig in dramatischer Weise die Daseinsvorsorge in vielen Bereichen öffentlicher und privater Infrastrukturen.

Deshalb regen wir an, dass wir zusammen mit der WRS und Q-Guide im kommenden Jahr einen Kongress zum Thema „Weiterbildung in den sozialen Dienstleistungsberufen“ organisiert, um auf den Fachkräftemangel in diesem Bereich aufmerksam zu machen und nach Lösungsansätzen im Rahmen der Q-Guide Region Stuttgart zu suchen.

Zum Thema „Kräfte bündeln“ gehört ebenso, dass wir die K.I.-Allianz weiter ausbauen und besser vernetzen.

Wir beantragen, dass der Verband eine stärkere Rolle beim Thema Behindertenbeauftragte übernimmt. Zur besseren Umsetzung dieser Aufgabe schlagen wir erneut vor, die Behindertenbeauftragten von Kreisen und Kommunen zu einer jährlichen Konferenz einzuladen und die dafür erforderlichen Mittel in den Haushalt einzustellen. Auch hier sollten die Kräfte gebündelt werden.

Als wir uns im Jahr 2017 frohgemut auf den Weg zur IBA StadtRegion Stuttgart 2027 gemacht hatten, konnte keiner von uns ahnen, vor welchen Herausforderungen wir stehen würden. Zuerst hat uns eine Pandemie getroffen, wie sie die Welt seit über einem Jahrhundert nicht mehr gesehen hat. Als wir diese überwunden glaubten, hat uns der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine überrascht. Beide Krisen haben zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen geführt. Die Preise für manche Baustoffe sind explodiert und es gab und gibt Lieferkettenschwierigkeiten. Hinzu kommt eine allgemeine Inflation, verbunden mit Anzeichen einer wirtschaftlichen Rezession.

Wir sollten dies unter der Leitfrage, ob die IBA die selbstgestellten Erwartungen bis zum Jahr 2027 erfüllen kann, zum Anlass nehmen, um über den aktuellen Status Quo der IBA in der Regionalversammlung zu berichten.

Außerdem regen wir konkret an, dass die Geschäftsstelle zusammen mit der IBA im kommenden Jahr einen Bericht zum Thema serielles und modulares Bauen erstellt.

Für meine Fraktion steht bei der IBA dabei insbesondere das Thema bezahlbarer Wohnraum im Vordergrund. Denn dieser ist ein nicht substituierbares Gut für die menschliche Existenz und wird zunehmend zur zentralen großen sozialen Frage. Der Erfolg der IBA wird sich aus unserer Sicht vor allem daran bemessen, ob es gelingt, diesen Anspruch qualitativ und quantitativ einzulösen.

Qualität ist auch ein gutes Stichwort für unseren Antrag zum Thema Gewerbegebiete. Aus ökologischen und gesellschaftspolitischen Aspekten wird die Planung von Gewerbeflächen derzeit in der Öffentlichkeit sehr kritisch gesehen. Verbesserungen bei der Planung mit konkreten Vorgaben im Flächennutzungsplan

können aus unserer Sicht die Realisierung und die Akzeptanz verbessern. Deshalb sollte der Verband die Kommunen bei der Planung mit konkreten Handlungsempfehlungen unterstützen.

In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass Grünzüge und Grünzäsuren auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Nicht um sie zu beschneiden, sondern sie sollen vielmehr daraufhin überprüft werden, inwieweit die bestehenden Regularien eingehalten werden und ob sie weiterhin ihrer Funktionalität gerecht werden.

Angesichts der Notwendigkeit, zukünftig verdichtet zu bauen, wird die Bedeutung innerörtlicher Freiräume immer wichtiger. Wir beantragen, in Anlehnung an die Förderung von Landschaftsparkprojekten, dass der Verband einen Wettbewerb ausschreibt, bei dem Kommunen ihre besonders beispielgebenden Projekte einreichen können. Diese können dann von einer Jury begutachtet und entsprechend dotiert werden.

Ein weiteres Thema, das aus unserer Sicht insbesondere in diesem Jahr an Bedeutung gewonnen hat, ist die Frage, wofür wir die Pönalezahlungen einsetzen. Deshalb möchten wir von der Verwaltung wissen, welchen rechtlichen und vertraglichen Rahmen es für die Pönalezahlungen gibt. Denn bislang erfahren die Fahrgäste trotz des permanenten Versagens der Bahn keinen Ausgleich. Denn jede Pönalezahlung, die wir erhalten, fließt direkt oder indirekt zurück in das System Deutsche Bahn. Aufgrund der stetig schlechter werdenden Leistung bei der S-Bahn, darf dies unserer Meinung nach nicht so bleiben. Wir wollen daher wissen, wie hoch die Zahlungen im laufenden Verkehrsvertrag jeweils pro Jahr waren und wofür die Mittel verwendet wurden. Außerdem soll die Verwaltung Vorschläge unterbreiten, welche Spielräume es im aktuellen Verkehrsvertrag gibt, damit die Pönalen in erster Linie unseren Fahrgästen zu Gute kommen.

Im Hinblick auf den kommenden Verkehrsvertrag wollen wir dann ein System entwickeln, durch das die Pönalen direkt oder indirekt zuerst unseren Fahrgästen zu Gute kommen und nicht mehr dem DB Konzern. Wir sind der Meinung, dass wir dies unseren Fahrgästen nach all dem Ärger in diesem und vermutlich genauso in den kommenden Jahren schuldig sind.

Nun noch ein paar Klassiker. Wie auch in den vergangenen Jahren sorgt sich die SPD-Fraktion um die Auslastung, die Fahrgeldeinnahmen und den Deckungsgrad der ersten Klasse in der S-Bahn. Und bevor der Kollege Maier sich wieder wundert, was dieser Antrag soll, sage ich es Ihnen sehr gerne. Wir sind da nämlich ganz nah bei der Position der Freien Wähler, dass das Geld der Kommunen oder besser der Bürgerinnen und Bürger nicht für Maßnahmen vergeudet werden sollte, die ganz offensichtlich - wie der Deckungsgrad sicher wieder zeigen wird - keinen Nutzen für die Allgemeinheit haben. Wir sind schon jetzt auf die niederschmetternden Zahlen gespannt und vielleicht fällt bei dem einen oder der anderen Kollegin ja der Groschen, wenn es dann irgendwann um den künftigen S-Bahn Vertrag geht.

Apropos künftiger S-Bahn Vertrag. Wir bitten die Geschäftsstelle, einen Fahrplan für die langfristige Nutzung von ATO und ATP mit klar definierten Meilensteinen zu entwickeln. Dieses Thema muss eng mit dem Ausschreibungsprozess verknüpft werden, damit dieser Fahrplan dann auch Bestandteil eines neuen S-Bahn Vertrages werden kann.

Das Deutschland-Ticket hat die ÖPNV-Landschaft in Deutschland revolutioniert wie kein anderes Angebot. Gerade eingeführt, wird es demnächst auch auf Schüler und Studenten im Land ausgeweitet. Dabei ist Land und Kommunen offensichtlich keine

Summe zu gering, um dieses Ziel zu erreichen. Nur wenn es um die Menschen in unserem Verbund geht, die es finanziell von allen vielleicht am nötigsten haben, bleiben die Taschen der öffentlichen Hand zugenäht. Ich empfinde das als Schande für eine der wohlhabendsten Regionen in dieser Republik.

Ich frage mich, warum in den übrigen Landkreisen nicht das möglich ist, was in Stuttgart und Göppingen schon lange gilt. Wir fordern weiterhin ein einheitliches Solidar-Ticket für das gesamte Gebiet im VVS. Und mit dem Deutschland-Ticket eröffnen sich auch hier neue finanzielle Spielräume. Und es würde dem Verband und seinen Aufsichtsräten im VVS gut anstehen, hier die Initiative zu ergreifen und dieses Thema endlich voranzutreiben.

Die Kräfte bündeln müssen wir auch, wenn es darum geht, die Panoramabahn zu ertüchtigen und das Nordkreuz aufs Gleis zu setzen. Mit unserem interfraktionellen Antrag wollen wir die nächsten Schritte für diese Strecke einleiten. Nachdem wir ständig erleben, wie lange die Prozesse zum Beispiel beim Bau des Nordhalts dauern, wollen wir mit diesem Antrag der Verwaltung freie Hand geben, die nächsten Schritte proaktiv anzugehen. Zunächst muss die Strecke ertüchtigt werden, dann, sobald die endgültige Entscheidung für den Erhalt der Panoramabahn gefallen ist, muss ein Betriebskonzept erarbeitet werden und dann, wenn dort Verkehre fahren, für die wir als Verband Region Stuttgart zuständig sind, müssen wir die weiteren Schritte hin zu einem GVFG-Antrag einleiten. Dabei ist es aus unserer Sicht notwendig, sich auch mit möglichen weiteren Partnern wie Landkreisen und Zweckverbänden an einen Tisch zu setzen, um über die mögliche Einbindung von Nebenbahnen, die bislang in deren Verantwortung sind, zu reden. Zeitgleich müssen wir uns mit Themen wie der Sanierung des Pragtunnels und den Planungen der P-Option beschäftigen, damit es uns nicht so geht wie beim dritten Gleis an der Mitternachtstraße; nämlich, dass durch Nichtstun und Verzögern hier wesentliche Entscheidungen verpasst werden und am Ende der Zug abgefahren ist. Deswegen wollen wir, dass vertiefende Untersuchungen zum Bau des Nordkreuzes angegangen werden, damit auch diese Infrastruktur geplant und bis zur GVFG-Reife vorangetrieben werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Uns, aber auch der Verwaltung stehen wie jedes Jahr anstrengende, aber auch spannende Wochen bevor. Aber wenn wir unsere Kräfte bündeln, werden wir auf der Basis des überzeugenden Haushaltsentwurfs von Herrn Dr. Lahl sicher wieder einen guten Haushalt für die Region verabschieden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!